

# SP Schweiz: Antrag der Geschäftsleitung an die Delegiertenversammlung vom 27. Juni 2020



## Parolenfassung: NEIN zum Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Die SP lehnt den Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für sechs Milliarden Franken aus folgenden Gründen ab:

**1. Finanzpolitisch ist die Kampfjet-Beschaffung aufgrund der langjährigen fiskalischen Folgen der Corona-Krise untragbar.** Die Corona-Krise belastet den Bundeshaushalt mit Mehrausgaben, die alles Bekannte übersteigen. Gleichzeitig gehen aufgrund der wirtschaftlichen Situation die Steuereinnahmen massiv zurück. Laut Finanzhaushaltgesetz muss ein ausserordentliches Defizit innerhalb von sechs bis acht Jahren durch budgetierte Überschüsse abgebaut werden. Laut Angaben von Bundesrat Maurer beträgt der «Bereinigungsbedarf für die kommenden Jahre in den Budgets, in den Jahresrechnungen 10 bis 15 Milliarden Franken». Ohne neue Steuern – diese erfordern stets eine Verfassungsänderung – fehlen in den nächsten sechs bis acht Jahren jedes Jahr 10 bis 15 Milliarden Franken. Würden wir an der Kampfjet-Beschaffung festhalten, so würde dieser gesetzlich geforderte Sparbedarf voll auf Bildung, Soziales, Klimaschutz und die internationale Bekämpfung des Corona-Virus und dessen Folgen durchschlagen. Das ist nicht tragbar und wäre zutiefst verantwortungslos.

**2. Es geht um astronomische Summen.** Die beantragten 6 Milliarden für die Kampfjets decken allein die Kosten für die Beschaffung. Kanada rechnet über die gesamte Nutzungsdauer des US-Tarnkappenbombers F-35 mit fünffachen Kosten, ebenso der Bundesrechnungshof von Deutschland für die Lebensdauer der Eurofighter. Das bürgerlich geprägte Lilienberg-Unternehmerforum der Schweiz rechnet „nur“ mit einem Faktor vier. Es geht also um Lebensdauer-Kosten von 24 bis 30 Milliarden Franken. Das VBS bestreitet diese Zahl und sagt, das hänge vom Typ, der Stückzahl und der Art der Nutzung ab – und propagiert den finanzpolitischen Blindflug: Zuerst beschaffen und sich dann durch astronomische Folgekosten überraschen lassen. 24 bis 30 Milliarden Franken für Kampfjets machen etwas zwischen einem Drittel und der Hälfte des von BR Maurer erwähnten „Bereinigungsbedarfs“ aus. Diese jetzt für Luxus-Kampfjets zu verpflichten, wäre finanzpolitisch katastrophal.

**3. Wir wollen keinen Blankoscheck für eine unbekannte Anzahl Kampfjets eines unbekanntens Typs mit möglicherweise unabsehbaren aussenpolitischen Folgen ausstellen.**

Niemand weiss, welche und wie viele Jets wir für die 6 Milliarden Franken erhalten würden. Deshalb lehnen wir es ab, dafür am 27. September einen Blankoscheck auszustellen. Mit jedem der vier geprüften Kampfjet-Typen sind unterschiedliche aussenpolitische Abhängigkeiten und militärische Ausrichtungen verknüpft. Diese Weichenstellung jetzt der demokratischen Debatte zu entziehen, ist zutiefst unschweizerisch und zeugt von Angst vor dem Volk:

- Wird es der Tarnkappenbomber F-35 sein, der aus der Schweiz unerkannt bis Moskau und Lissabon fliegen könnte, um dort Bomben abzuwerfen? Und in dem aufgrund des Datalinks stets der US-Geheimdienst als blinder Passagier mit im Cockpit sitzt? Wird es die F-35-Version der US Navy und des Marine Corps sein, der ziemlich langsam ist und nur für extrem kurze Zeiträume Überschallgeschwindigkeit fliegen kann, weil andernfalls grundlegende strukturelle Schäden und Verlust der Tarnkappenfähigkeit drohen?
- Oder wird es – ebenfalls aus den USA – die F/A-18 Superhornet sein? Der sich von den F/A-18-Hornet, die die Schweiz schon hat, vorab damit unterscheidet, dass die Superhornet viel grösser und viel schwerer ist und weit höhere Betriebskosten aufweist?

- Oder wird es der Eurofighter sein, dessen Entwicklung vor fast 40 Jahren noch im Kalten Krieg gestartet wurde, exorbitante Mehrkosten verursachte, aber der gleichen Generation angehört wie die F/A-18-Hornet, die die Schweiz schon hat? Und den das deutsche Verteidigungsministerium als Nachfolgejet für den Tornado als untauglich ablehnt, obschon die deutsche Industrie beim Eurofighter tüchtig mitverdienen würde?
- Oder die Rafale aus Frankreich, die in erster Linie als Trägerflugzeug für Atombomben konzipiert wurde, deshalb weniger schnell aufsteigt und weniger schnell fliegt als der Eurofighter und fast ebenso alt ist wie die F/A-18-Hornet, die die Schweiz schon hat? Und während zwei Jahrzehnten auf den Exportmärkten keinen einzigen Abnehmer fand, erst ab 2015 in Ägypten, Indien und Katar den Durchbruch schaffte, aber bis heute von keinem anderen europäischen Staat beschafft wurde?

Statt über diese Fragen eine demokratische Diskussion zu ermöglichen, will der Bundesrat, dass die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen die Katze im Sack kaufen. Das lehnen wir ab.

**4. Es gibt für Luxus-Kampffjets keine plausiblen Szenarien.** Die Schweiz liegt in der Mitte eines äusserst breiten Rings von stabilen demokratischen Rechtsstaaten, die vielfältig eng zusammenarbeiten. Wer sollte da die Schweiz militärisch angreifen? Wer gelangt mit seinem Angriff bis zur Schweizer Landesgrenze, ohne vorher von der NATO gestoppt zu werden? Selbst der Bundesrat bezeichnet einen geballten militärischen Angriff gegen die Schweiz als höchst unwahrscheinlich. Dennoch evaluiert er vier Luxus-Kampffjets, die zu den modernsten und teuersten gehören, die gegenwärtig erhältlich sind. Sie werden von Staaten beschafft, die sie überwiegend offensiv für den Angriff einsetzen. Warum soll die Schweiz die Fähigkeit erwerben, tausend Kilometer jenseits der Landesgrenze – womöglich mit Tarnkappen-Fähigkeit – Bomben abzuwerfen? Für derart schwere, grosse und kostspielige Luxus-Kampffjets, wie die aktuell geprüften, fehlen schlicht und einfach sinnvolle Einsatzszenarien.

**5. Das Sicherheitsversprechen hat keine Grundlage.** Solche Jets brauchen eine Kaverne sowie Start- und Landebahnen. Im (ohnehin höchst unwahrscheinlichen) Fall eines geballten Angriffs auf die Schweiz wären diese mittels Fernlenkwaffen innert weniger Stunden zerstört. Zudem wehrt keine intelligente Luftwaffe einen Angriff aus der Luft mittels Höchstleistungs-Kampfflugzeugen ab. Das wäre viel zu riskant. Israel etwa nutzt dafür fast nur Lenkwaffen. Diese sind ständig verfügbar und viel kostengünstiger. Auch zum Schutz vor terroristischen Risiken mit Drohnen aller Art, sehr tief und langsam fliegenden Leichtflugzeugen voller Sprengstoff oder sehr tief und äusserst schnell fliegenden Marschflugkörper sind schwere Luxus-Kampffjets ungeeignet. Sie geben auf all diese Gefährdungen, die etwa für das internationale Genf durchaus bestehen, keine taugliche Antwort. Der versprochene Luftraumschirm ist von Illusionen gepflastert, von Luftraum-Sicherheit keine Spur.

**6. Es gibt Alternativen, die kostengünstig sind, aber nie vertieft geprüft wurden.** Die SP hat ein alternatives Konzept vorgelegt. Die Hauptlast der Luftraumsicherheit soll auf vier Säulen stehen: leichtes Kampfflugzeug, besserer Radar, besseres Führungssystem und bessere bodengestützte Abwehr. Deren Verfügbarkeit ist weit höher als von Höchstleistungs-Kampfflugzeugen, die für den sehr aufwändigen Unterhalt meist im Hangar stehen. Für den Luftpolizeidienst reicht in fast allen Szenarien ein leichtes Kampfflugzeug. Dieses ist bei der Beschaffung vier bis sechs Mal kostengünstiger, beim Betrieb kostet die Flugstunde 15 bis 20 Mal weniger. Damit werden die vorhandenen F/A-18 Hornet geschont und deren Nutzungsdauer kann bis weit in die 2030er Jahre verlängert werden. Sie bleiben für robustere Szenarien verfügbar. Dies spart für Beschaffung und Betrieb viel Geld, schont die Umwelt und das Klima und macht weniger Lärm: Doppelte Sicherheit zum halben Preis.